

Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Himmelsrichtungen

Die finanzielle Lage Cuxhavens ist prekär: Ein hoher Schuldenberg und ein strukturelles Defizit – deswegen bat der grüne Ortsvorstand Stefan Schmidt darum, grundlegend darzulegen, welche „grünen“ Vorstellungen bestehen, um die Situation der armen Kommunen zu ändern.

Erst kürzlich bin ich Vater geworden. Mein Kind wird zu großen Teilen in meiner Heimatstadt Regensburg aufwachsen. Natürlich bin ich froh, dass Regensburg als florierende Großstadt alles für ein schönes Kinderleben bereithält. Wir werden im Sommer in eines der zahlreichen Schwimmbäder gehen und die umliegenden Spielplätze und Parks unsicher machen. Wenn es soweit ist, kann mein Kind ganz bequem zur Schule laufen oder unkompliziert mit dem Bus hinfahren. Es macht mich allerdings nachdenklich, dass für manche Kinder in Deutschland diese Möglichkeiten nicht selbstverständlich sind. Sie wachsen vielleicht in einer ländlichen Kommune auf, in der es kein schnelles Internet gibt und der Bus nur zweimal am Tag fährt. Oder sie kommen aus einer Stadt, in der es kaum Bolzplätze mehr gibt, in der Schwimmbäder und Bibliotheken geschlossen werden und in der der Putz in der Schule von der Decke bröckelt. Vielleicht leben sie aber auch in einer Metropolregion, wo ihre Eltern sich die steigenden Mieten nicht mehr leisten können und wo man nur für einen Kindergartenplatz eine Prozedur durchlaufen muss, die wir sonst nur von Casting-Shows aus dem Fernsehen kennen.



Stefan Schmidt MdB, Bündnis 90/Die Grünen, Sprecher für Kommunalfinanzen

In unserem Land wachsen die Unterschiede und die Infrastruktur veraltet

Die Unterschiede zwischen den Lebensrealitäten in Deutschland haben sich über die Jahre verfestigt und wachsen – trotz des steigenden Wohlstands – immer weiter an. Während in Westdeutschland so manches Bundesland und so manche Kommune auf einem großen Schuldenberg sitzt, sehen sich viele Städte und Gemeinden in den neuen Bundesländern noch immer mit einer geringen Wirtschaftskraft konfrontiert. Auch das Stadt-Land-Gefälle verschärft sich. In vielen Dörfern herrscht zunehmender Leerstand und die wenigen Menschen, die bleiben, werden immer älter. In den Städten zeichnet sich eine gegensätzliche Entwicklung ab: Hier verschleißt die Infrastruktur durch den fortwährenden Zuzug und den daraus resultierenden Bevölkerungsanstieg. Es müssten neue Schulen und Kitas für die wachsende Bevölkerung gebaut werden und es bräuchte kräftige Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr. Gleichzeitig haben Städterinnen und Städter durch bauliche Verdichtung zunehmend mit gravierenden Folgen für Gesundheit und Stadtklima zu kämpfen und müssen ohnmächtig zusehen, wie sich die Mietspirale bis ins scheinbar Unendliche weiterdreht. Insbesondere an die Infrastruktur werden aufgrund demographischer Entwicklungen und technischer Neuerungen neue Anforderungen gestellt. Trotz der niedrigen Zinsen und der derzeit stabilen konjunkturellen Entwicklung ist ihr Zustand vergleichsweise schlecht. So verzeichnen 58 Prozent der Kommunen inzwischen einen „gravierenden“ oder „nennenswerten“ Investitionsrückstand. Dieser beläuft sich laut KfW Kommunalpanel mittlerweile auf knapp 159 Mrd. Euro. Aktueller Presseberichterstattung zufolge führt das Ausbleiben von Investitionen zu Zuständen, bei denen etwa seit dem Jahr 2002 bundesweit von 7.784 Schwimmbädern 1.300 geschlossen werden mussten.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN als Garanten für ein gutes und lebenswertes Leben vor Ort

Während sowohl der ländliche Raum wie auch Ballungsgebiete mit ihren jeweils ganz eigenen Herausforderungen konfrontiert sind, hat die wachsende Ungleichheit auch gesamtgesellschaftliche Folgen. So leben laut einer Kleinen Anfrage unserer GRÜNEN Bundestagsfraktion noch immer mehr als 4 Mio. Menschen in Regionen, in denen die Lebensverhältnisse als „sehr stark unterdurchschnittlich“ oder „stark unterdurchschnittlich“ bezeichnet werden. Gekoppelt mit Populismus und vor dem Hintergrund der wieder erstarkenden Rechten, bedrohen diese Entwicklungen nicht nur unseren Wohlstand, sondern haben auch eine gesellschaftliche Sprengkraft und gefährden die soziale Teilhabe in unserem Land. Der in Artikel 72 des Grundgesetzes formulierte Anspruch der gleichwertigen Lebensverhältnisse wurde, unabhängig von der Himmelsrichtung, für das ganze Land formuliert. Dieser Anspruch darf kein Papiertiger sein, sondern muss gelebte Realität werden – und zwar überall in Deutschland. Hier braucht es Bündnis 90/DIE GRÜNEN, mit unseren Ideen und Konzepten für ein gutes, lebenswertes und individuell gestaltbares Leben. Hierfür gilt es die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Das Problem bei der Wurzel packen

Um tatsächlich gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland herzustellen und den Investitionsrückstand zu beseitigen, bedarf es zunächst einer ehrlichen Problemanalyse: Was sind die strukturellen Ursachen dafür, dass den veränderten Anforderungen an unsere Infrastruktur vielerorts derzeit nicht entsprochen werden kann? Natürlich liegt ein Teil des Problems in den politischen Versäumnissen vergangener Jahre. Aber auch die durch die Einführung der Schuldenbremse



Das nennt man „nicht einladende Infrastruktur“, gesehen am Max-Delbrück-Gymnasium in Berlin-Niederschönhausen

bedingte Austeritätspolitik und der blinde Glaube an die Sinnhaftigkeit einer „Schwarzen Null“ erschweren die Gemengelage. Trotz der steigenden Einnahmen von Städten und Gemeinden und der sich glücklicherweise verbessernden Haushaltssituation der Kommunen, bleiben mangelnde personelle Ressourcen und finanzielle Restriktionen hauptsächlich für den Investitionsstau. Insbesondere finanzschwächeren Kommunen, verbleiben kaum Spielräume für freiwillige Leistungen wie etwa Kultur- und Sportangebote. Sie müssen einen großen Teil ihrer Ausgaben auf die Finanzierung von Pflichtaufgaben, wie etwa Sozialausgaben aufbringen. Hierbei fallen die Kosten der Unterkunft und die Jugendhilfe besonders stark ins Gewicht. Derweil bleibt auch der Bestand an Kassenkrediten insbesondere im Saarland, in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen auf einem hohen Niveau. Kassenkredite nutzen viele Kommunen, um kurzfristig Löcher im Haushalt zu stopfen. Sie gelten daher allgemein als Indiz für Finanzschwäche. Ihr fortwährend hohes Niveau ist höchst alarmierend und deutet darauf hin, dass vieler Orts die Verschuldungsgeschichte einzelner Städte und Gemeinden fortgeschrieben wird.

Seehofers halbherzige Lösungsversuche

Es braucht dringend eine Lösung der hier beschriebenen Probleme. Von daher war ich sehr enttäuscht zu lesen, dass die schwarz-rote Koalition auf Bundesebene keine eigenen Strategien im Umgang mit den wachsenden Gegensätzen und der angespannten Finanzsituation vieler Kommunen vorzuweisen hat. Union und SPD scheinen sich damit zu begnügen, eine Kommission für Gleichwertige Lebensverhältnisse einzurichten, die dann Lösungsvorschläge suchen soll. Die Kommission soll u.a. die Themen kommunale Daseinsvorsorge und Altschulden sowie soziale Infrastruktur bearbeiten. Sie wird aus Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung, der Länder und der Kommunalen Spitzenverbände, aber ohne Beteiligung des Bundestages,

zusammengesetzt. Doch selbst der Einrichtung der Kommission hat die Bundesregierung augenscheinlich keine sonderlich hohe Priorität eingeräumt. So hielt der zuständige Heimatminister Seehofer das Land mit seiner, auf den bayerischen Landtagswahlkampf konzentrierten One-Man-Show zur Asylpolitik in Atem, während die Einsetzung der Kommission Woche für Woche vertagt wurde. Inzwischen ist die Kommission endlich eingesetzt. Es erscheint jedoch immer zweifelhafter, dass sie, wie ursprünglich angedacht, bis Mitte des Jahres 2019 erste Ergebnisse präsentieren können. Für die vielen Kommunen im Land, in denen die Infrastruktur weiter vor sich hin bröckelt, bleibt jedoch weiter auf eine rasche Lösungsfindung zu hoffen, denn zu hoch ist inzwischen der Handlungsdruck.

GRÜNE geben Antworten auf Fragen der Kommunen

Wir müssen den Städten und Gemeinden überall im Land ihre Handlungsspielräume zurückgeben. In diesem Sinne muss die kommunale Finanzausstattung grundlegend verbessert werden. Hierzu kann eine Stärkung der Gemeindesteuern beitragen, für die wir GRÜNE im Bundestag uns vehement einsetzen. So sollte die Grundsteuer, welche das Bundesverfassungsgericht jüngst für verfassungswidrig befunden hat, verfassungsfest und wertorientiert ausgestaltet werden. Aber auch eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftsteuer, von der auch die freien Berufe erfasst sind, würde die Gemeindefinanzen nachhaltig stärken. Es bedarf darüber hinaus auch weitgreifender, struktureller Verbesserungen. So möchte ich, dass für finanzschwache Kommunen ein Altschuldentilgungsfonds auf die Beine gestellt wird und der Bund einen größeren Anteil an der Finanzierung der Kosten der Unterkunft übernimmt. Des Weiteren sollte es dem Bund ermöglicht werden, gemeinsam mit den Ländern, gezielt und direkt allgemeine und soziale Infrastrukturinvestitionen vor Ort zu unterstützen (Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge). Nur mit einem solchen Maßnahmenpaket kann es gelingen, die kommunalen Finanzen nachhaltig zu verbessern und auch wirklich für jedes Kind, egal an welchem Ort der Republik, gleichwertige und damit gerechte Lebensverhältnisse herzustellen.

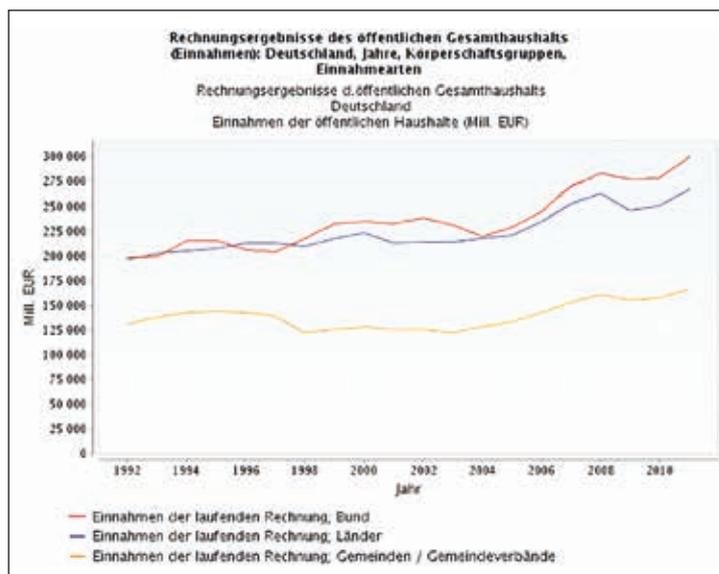
Dieser Beitrag wurde von Stefan Schmidt verfasst.



Manchmal hilft Farbe auch nicht... gesehen an einer Schule in Berlin-Wedding

Wie entwickeln sich die Einnahmen der Gemeinden?

Thema und Problem „Finanzielle Ausstattung der Kommunen“ scheint nun auch in „Berlin“ angekommen zu sein. Allerdings: der Trend, dass die Kommunen immer weniger der Einnahmen erhalten, reicht schon lange zurück. Wir schauen uns nur den Zeitraum zwischen 1992 und 2011 an:

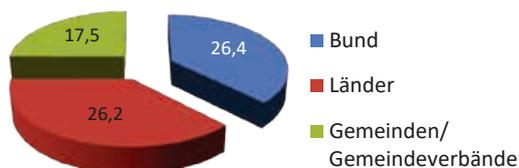


Diese Grafik ist vom Statistischen Bundesamt – und es ist zu sehen: die Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände steigen weniger stark an, als die des Bundes und der Länder. Übrigens unter Einnahmen werden hier verstanden: Steuern, Steuerähnliche Abgaben, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Zinseinnahmen, laufende Zuschüsse, Schuldendiensthilfen, Gebühren und sonst. lfd. Einnahmen.

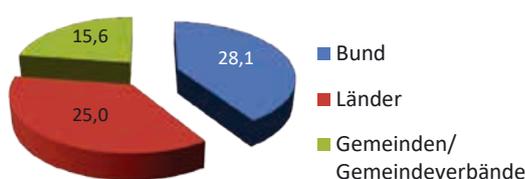
Noch ein wenig deutlicher wird es an den beiden Kreisdiagrammen, der Anteil der Kommunen an den Gesamteinnahmen sank von 17,5 % in 1992 auf 15,6 % in 2011.¹ Vieles unserer „Lebensqualität“ wird in den Gemeinden geregelt – dafür müssen sie besser finanziell ausgestattet sein. Und um die kommunale Selbstverwaltung zu gewährleisten, müssen die Kommunen selbst entscheiden können – und nicht immer mehr nur zweckgebundene Zuschüsse erhalten (zweckgebunden, d. h. es gibt z.B. für den Straßenbau Geld, wenn das Land beschließt, das sei wichtig – die Kommune kann nicht selbst entscheiden oder das Geld für andere Zwecke verwenden).

Beide Artikel auf dieser Seite wurden von Elke Roskosch-Buntemeyer verfasst.

Aufteilung der Einnahmen 1992 in Anteilen der Gesamteinnahmen



Aufteilung der Einnahmen 2011 in Anteilen der Gesamteinnahmen



¹ Alle drei zusammen ergeben keine 100%, da die Einnahmen der Sozialversicherung oder EU-Anteile nicht Berücksichtigung finden.

Für die Würde unserer Städte

Die Stadt Cuxhaven ist dabei: Die Initiative „Für die Würde unserer Städte“ tagte in Cuxhaven und verabschiedete den Cuxhavener Appell zur Bildung eines Altschuldenfonds: „Drittelerung bei Übernahme der Kommunalschulden“.

Die Grünen in Cuxhaven – insbesondere der Fraktionsvorsitzende Bernd Jothe – wiesen und weisen immer wieder auf die prekäre finanzielle Situation vieler Gemeinden hin – die Finanzsituation soll sich prinzipiell ändern. Bernd Jothe hält deswegen Kontakt zu Britta Haßelmann (MdB und Erste parlamentarische Geschäftsführerin der grünen Bundestagsfraktion) und Julia Verlinden (MdB, regional zuständig u. a. für den Landkreis Cuxhaven). Bernd Jothe an Britta Haßelmann: „Wir danken Dir sehr, dass Du Dich in der letzten Wahlperiode für die „Würde unserer Städte“ und für eine Lösung des „Altschuldenproblems“ der Kommunen eingesetzt hast... (Wir bitten,) dass Du Dich weiterhin für eine Bund-Länder-Kommission zur „Wiederherstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ ... einsetzt.“